

Deutschland.

□ **Berlin, 19. Dezember.** Die heutige „Provinzial-Correspondenz“ bringt auf dem kleinen Quartblattchen doch einen Inhalt von tiefer Bedeutung; man kann sich bei der Durchsicht mit Freuden sagen, daß Deutschland mit und durch Preußen wieder einen guten Schritt vorwärts auf dem Wege zur nationalen Größe gethan hat, daß der Schluß des Jahres 1866 unter dem Segen des mit gewaltiger Kraftanstrengung schnell eroberten Friedens, den Errungenschaften des Krieges einen würdigen Abschluß giebt. Möge das Jahr 1867 die ihm zufallende reiche Erbschaft des Vorjahres nicht verkümmern lassen, sondern gut anlegen, daß sie dem deutschen Vaterlande reiche Zinsen trage. Der Bericht der „Prov.-Corr.“ über die Schlußverhandlung des Staatshaushalts bringt, nachdem man lange Jahre nur die Rehrseite des Verfassungslebens vor Augen gesehen hat, endlich auch das erhebende Bild eines normalen, ja musterhaften Verhältnisses zwischen den verschiedenen Repräsentanten der gesamten Staatsgewalt, gegenseitige Achtung, gegenseitiges Nachgeben und beiderseitiges Hochhalten der Staatswürde. Man darf die Ereignisse wohl mit Recht als eine Epoche in der Geschichte des preussischen Verfassungslebens betrachten und gute Erwartungen für die Zukunft daran knüpfen. — Heute Mittag 1 Uhr haben sich die Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes wieder zu einer Konferenz im Staats-Ministerium unter Vorsitz des Ministerpräsidenten versammelt.

Berlin, 20. Dezember. Sr. Majestät der König empfing gestern Mittags einige Militärs, unter ihnen den Referendar und Lieutenant im 20. Landwehr-Regiment, Hellhof, welcher in der Schlacht bei Gitschin beide Beine verloren und diese gegenwärtig durch künstliche ersetzt hat, sowie den Sergeanten Seibt, vom 26. Infanterie-Regiment, der in der Schlacht bei Königgrätz, als der Fahnenführer gefallen war, die Fahne ergriff und solche dem Regimente vorantrug. Letzterer hatte die Ehre, von dem Könige mit dem Erinnerungskreuz geschmückt zu werden. — Hierauf folgten die Vorträge des Geheimen Rabiners v. Müller, des Geheimen Hofraths v. Bock u. nach der einer aus Hannover'sch-Minden hier eingetroffenen Deputation erteilten Audienz konferrirte der König mit dem Minister-Präsidenten Grafen v. Bismarck.

Der Kronprinz gab gestern ein Diner, zu welchem vornehmlich die Bevollmächtigten zur Minister-Konferenz mit einer Einladung beehrt waren. Der Minister-Präsident Graf Bismarck nahm gleichfalls an demselben Theil.

Die Königin-Wittve hatte gestern den Präsidenten des Herrenhauses, Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, den General v. Pöhl und andere Personen von Rang zur Tafel geladen.

Sr. Königl. Hoheit der Kronprinz wird in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Central-Kommission für die nächstjährige Pariser Ausstellung, aller Wahrscheinlichkeit nach, der Eröffnungsfest dort beizuwohnen und derselben dadurch einen besonderen Glanz verleihen. Mit Genehmigung Höchstselben wird unter dem Namen Sr. K. H. auch ein Modell eines Hauses der hiesigen gemeinnützigen Bau-Gesellschaft, deren stellvertretender Protektor, wie bekannt, der Kronprinz ist, auf der Ausstellung zu sehen sein. Diese Gesellschaft besteht seit dem Jahre 1848, hat also eine hinreichende Erfahrung in Betreff ihrer Bauten gesammelt.

Da es in neuerer Zeit vorgekommen, daß Schullehrer Jagdscheine gelöst und sich mit dem Betriebe der Jagd beschäftigt haben, so ist auf einen, am 20. Mai 1753 ergangenen Unterrichts-Ministerial-Erlaß hingewiesen worden, welcher die Ungültigkeit der Ausübung der Jagd durch Schullehrer betrifft und ein ausdrückliches Verbot jener Beschäftigung von Seiten der Lehrer enthält, von dem eine Ausnahme um so weniger zu gestatten sei, als es keinem Zweifel unterliege, daß körperliche Bewegung, wenn sie einzelnen Personen in besonderem Maße ärztlich verordnet wird, auch auf andere, angemessenere Weise als durch Betreibung der Jagd geschafft werden könne.

In mehreren Orten der Provinz Sachsen sind wieder Fälle von Erkrankungen an Trichinen konstatiert worden.

Nach einem der Geldbewilligungs-Deputation der Stadtverordneten-Versammlung vorgestern vorgelegten Schreiben hat Dr. Lövinson sein Mandat als Stadtverordneter nunmehr niedergelegt. Dr. Lövinson war bekanntlich Mitglied der Geldbewilligungs-Deputation.

Berlin, 19. Dezember. (Herrenhaus.) 14. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatt.) Professor Dr. Dernburg (gegen den Kommissionsantrag): Schlagen Sie das Gesetz nicht noch, es wird ohnehin von Rechts und Links noch Schläge genug erhalten. Ich mache aber auf die Aufhebung der Schuldbast aufmerksam, welche eine notwendige Folge der allgemeinen Wechselbarkeit ist, und die Festhaltung der Schuldbast steht mit dieser in Widerspruch. In Nordamerika hat man die Schuldbast aufgehoben und die günstigsten Erfolge waren wahrgenommen. Diese wichtige Frage möchte ich der Staatsregierung zur Erwägung vorlegen, denn mit der Aufhebung der Schuldbast wird die Gefahr, welche die Aufhebung der Wuchergesetze gewährt, vollkommen beseitigt. — Freiherr Senfft v. Pilsach: Ich werde gegen den Kommissionsantrag und gegen die Vorlage der Regierung stimmen, denn ich ziehe mir die mosaische Gesetzgebung vor einer solchen Gesetzgebung vor.

Dr. v. Below: Ich schließe mich den eloquenten Ausführungen des Professors Dernburg an und würde für die gänzliche Aufhebung der Wuchergesetze stimmen, mich aber, wenn erforderlich, dem Kommissionsantrage anschließen. — Justiz-Minister Graf zur Lippe: Die Staatsregierung hat dem Landtage die Verordnung in der Hoffnung auf Genehmigung vorgelegt. Die Kommission hat die Anträge zu 1 und 2 für untrennbar erklärt. Was soll das bedeuten? Wollen Sie sich die Möglichkeit vorbehalten, die Verordnung am 1. April 1868 aus der Welt zu schaffen? Solche Zustände hält die Staatsregierung im Verkehrsinteresse für ganz unthunlich; sie thun dadurch dem Kapital den größten Schaden. Sie wollen durch Ihren Beschluß der Regierung und dem anderen Faktor der Gesetzgebung gewisse Schranken setzen. Sie beziehen sich auf das Verfahren in Betreff der Darlehnsklassen. In dieser Beziehung lag aber die Sache doch anders. Damals war der Beschluß nicht gegen den Willen der Regierung gefaßt und es war voraus zu sehen, daß der Nothstand, der die Verordnung hervorgerufen hatte, beseitigt war. Hier treten Sie direkt gegen den Beschluß

des anderen Hauses und die Ansicht der Regierung auf, und ich halte das für sehr bedenklich. Ich glaube nicht, daß man diese Maßregel der Staatsregierung als einen Fehler anrechnen kann, sondern ich meine, daß sie dafür den Dank des Landes verdient. Die Aufhebung der Zinsbeschränkung hat keine nachtheiligen Folgen gezeigt; der Zinsfuß ist nicht gestiegen. (Auf: Ja wohl doch!), nein, die Zinsverhältnisse sind nur klar gelegt worden. Was die vom Prof. Dernburg angeregte Aufhebung der Schuldbast anlangt, so ist der preussische Staat nicht im Stande einseitig damit vorzugehen, weil die Schuldbast mit unserer deutschen Wechselgesetzgebung in engstem Zusammenhange steht. Jedoch will ich gleichzeitig erklären, daß für die neue in Vorbereitung befindliche Wechselgesetzgebung auch Erleichterungen in dieser Beziehung in Aussicht genommen sind. Ich bitte Sie schließlich, die Regierungsvorlage pure anzunehmen.

Berichterstatter v. Brünne: Die Kommission ist allerdings der Ansicht gewesen, daß die Verordnung zur Zeit ihres Erlasses wegen des bestehenden Nothstandes notwendig und nützlich gewesen sei; viele Mitglieder sind jetzt aber der Ansicht, daß diese außerordentlichen Zeiten vorbei sind und das Fortbestehen der Verordnung als bleibendes Gesetz deshalb nicht nöthig ist. Der Ansicht des Hrn. Justizministers gegenüber, daß der Zinsfuß nicht gestiegen sei, bemerke ich, daß in meiner Gegend 1 Sgr. pro Thaler und Woche, also 160 pCt. Zinsen gezahlt worden sind.

Justizminister Graf zur Lippe: Ein solcher Zins ist allerdings ganz ungeheuer; er ist aber nicht durch die Verordnung vom 12. Mai so gestiegen, sondern bestand schon früher so. Einzelne Leute haben ihn auch oft mit Vergnügen gezahlt, weil sie höheren Schaden damit abwenden oder mehr dadurch verdienen konnten.

Hr. Dr. Dernburg bezweifelt die absolute Wahrheit der Schlüsse aus statistischen Nachweisen.

Hr. v. Kleist-Retzow wiederholt seine Angriffe gegen die Aufhebung der Zinsbeschränkungen, welche er gleichfalls einer socialen Revolution im ganzen Lande, einer Lockerung aller Bande, um möglichen Vortheil zu erzielen; Eigennutz und Habguth zur Ausbeutung Anderer bleibe aber ein Unrecht, habe selbst zu dem Aussprache verfährt: „Eigenthum ist Diebstahl“. Kann sei hier Grundsteuer eingeführt, so führe man jetzt schon den zweiten Dieb gegen den Grundbesitz.

Handelsminister Graf Henckell: Der geistreiche Redner hat sich auf alle Gebiete des menschlichen Daseins begeben, daß es mir nicht möglich ist, ihm auf alle Punkte zu folgen. Was seine Aeußerung in Betreff der „füßen Ruhe des unbefähigten Daseins“ des Ministeriums betrifft, so kann ich ihm aus meiner Thätigkeit als Minister seit 1862 versichern, daß ich von dieser füßen Ruhe nichts gemerkt habe. — Was nun die Sache selbst betrifft, so scheint man hier mit der Frage der Zinsbeschränkung eine Art Abgitterei zu treiben, indem man so thut, als ob hiervon allein Alles abhänge; die Aufhebung der Zinsbeschränkung ist aber nur ein Glied aus jener großen Kette in der Entwicklung der national-ökonomischen Verhältnisse, die Herr v. Kleist nicht mehr ändern wird. Wucherische Geschäfte haben während des Bestehens der Wuchergesetze sehr viele stattgefunden. Ich bin auf dem Lande aufgewachsen und kenne die dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse ganz genau, und daher weiß ich denn, daß auf Umwegen sehr häufig immer ein höherer, als der gesetzliche Zinsfuß gezahlt worden ist. Es ist auch ein Widerspruch und führt zu vielen Ungelegenheiten, daß die Kaufleute nach dem Handelsgebuuche allein nicht beschränkt sind, zumal der Begriff Kaufmann heute ein sehr weiter ist, und eine große Zahl von Gutsbesitzern Kaufleuten im gesellschaftlichen Sinne des Wortes sind. Seit dem Erlaß unserer Verordnung habe ich auch kein Wort von irgend einer Beschwerde darüber gehört, und von der Revolution, die im Lande dadurch hervorgerufen worden sein soll, habe ich wenigstens nichts gemerkt. Ich glaube also, daß es wohl das Gerathenste für das Haus ist, der Vorlage der Staatsregierung beizustimmen. Die Staatsregierung wünscht dies auf das Dringendste und achtet eine provisorische Genehmigung der Verwerfung gleich. Wenn nun gesagt wird, man könne doch nicht etwas für straflos erklären, was früher verboten war, so möchte ich bloß dagegen halten, daß der Kornwucher ja früher auch verboten war, heute aber sehr gute Geschäfte damit gemacht werden. Der Staat darf die Freiheit des Handels und Verkehrs nicht beschränken, dies ist ein Grundsatz, den ich mir aus meiner langen praktischen Lebenserfahrung herausgeholt habe. Der Einzelne ist in seinem Geschäft und in seinem Lebenskreise meistens eben so klug, manchmal noch klüger, als die Staatsregierung. Wo also der Staat nicht gerade aus Rücksicht auf seine eigene Sicherheit eingreifen muß, da darf er nicht eingreifen, sondern muß Jeden sich selbst überlassen. Sie selbst, meine Herren, haben ja wohl früher für sich das Selbstgouvernement in Anspruch genommen und jetzt wollen Sie, der Staat soll Vormundschaft üben? Was erreichen Sie denn mit der Zinsbeschränkung? Gar nichts. Wenn die Frage heißt: Kein Geld oder theures Geld? dann wird man doch wohl theures Geld wählen müssen. Was nun die Frage der Hypothekenbanken betrifft, so habe ich die Einrichtung solcher Institute immer gefördert und wünsche ihnen ein gutes Gedeihen; aber ich weiß aus eigener Erfahrung, daß diese allen Bedürfnissen auch nicht genügen können. Selbsthilfe und Vereinigung ist das einzige Prinzip, auf dem Sie fortbauen müssen, um dem Grundbesitz zu helfen. Es ist ja ganz natürlich, daß sich die Interessen des Grundbesitzers und des Kapitalisten gewissermaßen widersprechen; der Grundbesitzer will einen geringeren Zinsfuß und lange Rindbarkeit, der Kapitalist einen möglichst hohen Zinsfuß und kurze Rindbarkeit. Setzen Sie nun als Vermittler hierzwischen das Institut einer Aktien-Gesellschaft, so will diese doch selbst dabei verdienen und Sie können keinen Vortheil davon haben. Das einzige Richtige ist, daß die Grundbesitzer sich zumuthen und selbst Institute gründen, durch die sie vermitteln und verdienen können mit erlaubten und sicheren Geschäften. Solche Societäten kann aber die Regierung nicht ins Leben rufen, sondern sie müssen aus ihrer eigenen Initiative hervorgehen. Die Rücksicht auf die neu erworbenen Länder kann uns nicht davon abhalten, nöthige Reformen bei uns einzuführen. Was unsere Hypotheken-Ordnung anbelangt, so kann diese allerdings verbessert und abgeändert werden; es wird auch geschehen; der Entwurf ist schon fertig, konnte aber bei der Kürze der gegenwärtigen Session nicht mehr vorgelegt werden. — Ich wiederhole nochmals, daß die Staatsregierung eine Genehmigung auf bestimmte Zeit einer Verwerfung des Gesetzes gleich achtet und empfehle Ihnen deshalb dringend die Annahme desselben. Ich bin ein alter Diener und Anhänger dieses Hauses und möchte es nicht gern erleben, daß Sie diese Verordnung verwerfen; nach meiner festen Ueberzeugung wäre dies entschieden gegen die Interessen des Hauses selbst.

Der Schluß der Debatte wird angenommen. Zur persönlichen Bemerkung erhält das Wort der Berichterstatter Hr. v. Brünne-Jacobau: Da nach gewissenhafter Ueberzeugung mir die Annahme der Regierungsvorlage unmöglich ist, so werde ich nach der Erklärung der Staatsregierung, daß sie die Annahme des Kommissionsbeschlusses einer Verwerfung gleich achtet, nunmehr für denselben stimmen.

Es entspinnt sich darauf eine längere Debatte über die Reihenfolge der Abstimmung. Nachdem man sich darüber geeinigt, wird zuerst abgestimmt über den neuen Gesetzentwurf, wie ihn die Kommission vorgeschlagen, wonach die Zinsbeschränkung bis zum 1. April 1868 aufgehoben werden soll; dieser wird aber bei namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 66 Stimmen verworfen; für denselben stimmen u. A. Präsident Graf Stollberg und die Obertribunals-Mitglieder Dr. Göge, v. Schiedemann, v. Daniels, Prof. Dernburg enthält sich der Stimme. Sodann wird abgestimmt über die Regierungsvorlage, wie sie aus dem Abgeordnetenhaus herübergekommen ist. Diese wird mit 59 gegen 48 Stimmen angenommen; der Verordnung vom 12. Mai wurde somit die nachträgliche verfassungsmäßige Zustimmung

ertheilt und die Zinsbeschränkungen mit den bekannten Modalitäten aufgehoben. Die Resolutionen, auch das Amendement des Grafen Kitzberg, wurden abgelehnt, nur die Resolution V.: „die Regierung zur baldigen Vorlegung eines neuen Hypotheken-Gesetzes aufzufordern“ angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Bericht über die Ermäßigung und Aufhebung des Gerichtslostenzuschlags. Referent v. Bernuth erklärt, daß die Kommission mit allen Ausführungen der Kommission des Abgeordnetenhauses und der Regierung einverstanden ist. — Das Gesetz wird einstimmig angenommen.

Minister v. Seelow bringt einen Vorstufungs-Gesetzentwurf ein für Neuborpomern und Rügen, welcher schon 1865 vorgelegen hat, aber nicht zum Abschluß gekommen ist. — Derselbe wird einer besonderen Kommission überwiesen.

Der dritte Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Bericht über die anderweitige Regelung der Grundsteuer u. Referent v. Ratte verzichtet auf das Wort. Hr. v. Hasselbach spricht über die schnelle Erledigung seiner besondere Freude aus. Das ganze Gesetz wird angenommen.

Vierter Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Bericht über das Dotationsgesetz. Referent v. Brandenberg-Ludwigsdorf: Es ist schade, daß die Dotationen nicht haben verdoppelt werden können; ich bitte, wenigstens das Geforderte zu genehmigen.

Hr. v. Below: Das Abgeordnetenhaus hat, wie mir scheint, sehr zweckmäßiger Weise Namen mit in das Gesetz übernommen und Sr. Majestät die Vertheilung überlassen. Schließlich ist den Dotirten doch der Dank des Königs und die Anerkennung des Landes das Meiste. Erfreulich wäre es auch, wenn Sr. Majestät belieben sollte, einem oder dem andern dieser Männer hier einen Sitz zu geben. Ich bitte, die Vorlage anzunehmen.

Graf Kitzberg: Die jetzige Entwicklung Preussens ist wohl ohne Gleichen in der Geschichte; zum Heile Deutschlands ist es darin in diesem Jahre so ungeheuer weiter gekommen. Dazu haben die hochverdienten Männer, welche das Gesetz nennt, wesentlich beigetragen. Noch zwei Generale giebt es, welche dazu gewirkt haben; aber sie sehen uns so fern, daß sie nicht in das Gesetz kommen, wenn ihnen auch dieser Dank gebührt. Ich bitte, die Vorlage einstimmig anzunehmen.

Das Gesetz wird verlesen und einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Tages-Ordnung: Rheinschiffahrtsabgaben, Bauten in Städten und Dörfern und die Wahl eines Mitgliedes zur Staatsschulden-Kommission.

Leipzig, 18. Dezember. Die Hinrichtung des Schneidergesellen Künschner, der am 3. November v. J. den Kaufmann Markert in seinem Laden ermordet hatte, welche heute früh 8 Uhr stattfanden sollte, ist in Folge eines noch im letzten Augenblicke eingegangenen telegraphischen Befehls Sr. Maj. des Königs nicht zur Ausführung gekommen. Künschner lag bereits unter dem Fallbeil und dieses würde in der nächsten Sekunde auf ihn herabgefallen sein, als von dem Eingange zum Bezirksgerichte her der Ruf: „Halt!“ erscholl und kurz darauf Herr Bezirksgerichts-Direktor Geheimrath Dr. Lucius das Telegramm, welches die Aufhebung der Exekution anbefiehlt, in Händen hatte. Die Depesche wurde vorgelesen und Künschner, nachdem ihn die Scharfrichter von dem Brett losgeschmalt hatten, in das Gefängniß zurückgeführt. Derselbe hatte übrigens das Schaffot mit größter Ruhe bestiegen und sprach, während er oben festgeschmalt wurde, zum Publikum gewendet, mit lauter Stimme die Worte: „Meine Herren, ich bin kein Mörder, aber hier“ — auf die Richter zeigend — „stehen meine Mörder.“ Ueberhaupt hat er sich in den letzten Tagen durchaus gleichgültig und ruhig gezeigt, nur beim Abschied von seiner Mutter hat er geweint.

Ausland.

Wien, 18. Dezember. Auf den Gütern des Grafen Schlippenbach in Kroatien ist es zu einem bewaffneten Bauernaufstand gekommen; die Bauern hatten, sich auf ein eigenhändiges Schreiben des Banus Jellacic aus dem Jahre 1848 berufend, welches ihnen Befreiung von allen gutsherrlichen Abgaben für ewigen Zeiten zusicherte, die Zahlung derselben verweigert und sich in bewaffneten Haufen über 1000 Mann stark zusammengedrängt. Es wurde gegen sie ein Detachement von Gyalai-Infanterie aus Agram entsendet; es kam am 9. zu einem Kampfe, wobei die Bauern sich mit dem Militär herumgeschossen; sieben der Exzessanten blieben nach der ersten Salve todt auf dem Platze, viele andere wurden verwundet. Schließlich wurde der Tumult gedämpft und nach zahlreichen Verhaftungen die Ruhe wieder hergestellt.

Paris, 18. Dezember. Die „France“ tritt heute mit der geheimnißvollen Bemerkung auf: „Es verbreitet sich eine düstere Nachricht über den Kaiser Maximilian, wir wollen jedoch erst Näheres abwarten, bevor wir etwas mehr verrathen.“ Man zerbricht sich hier darüber den Kopf, was dem Kaiser Maximilian zugestoßen sein mag. Alles was man hier weiß, ist, daß derselbe nicht abgeneigt schien von Orizaba nach der Hauptstadt zurückzukehren, um zu versuchen, sich dort auch nach dem Abzuge der Franzosen zu halten. Die Alerikalen und mehrere mexikanische Generale legten ihm die Verpflichtung ans Herz, sie nicht im Stiche zu lassen und versicherten ihn ihre Hingebung, wenn er bleibe. Die französische Regierung hielt aber einen solchen Entschluß für unausführbar, und es schwirren Gerüchte umher, nach denen Marshall Bazaine bereits mit Juarez Unterhandlungen angeknüpft hätte, um die nach seiner Einschiffung prelogegebenen französischen Staatsangehörigen vor der Rache der Republikaner sicher zu stellen. So deutet man wenigstens die Ordres, welche der bekannte Juaristenchef Porfirio Diaz vor Kurzem in Betreff des Schutzes der Ausländer erlassen hat.

Da General v. Montebello aus Rom und General Fleury aus Florenz sich seit gestern auf dem Rückwege nach Frankreich befinden, so gilt dies als ein Anzeichen, daß die Kaiserin ihre Rückreise aufgegeben habe.

Nachdem Fürst Karl von Rumänien bei der Pforte alles durchgesetzt hat, was sein Herz wünschte, wird Fürst Michael von Serbien sein Glück versuchen. Zunächst verlangt er die Entfernung aller türkischen Besatzungen aus Serbien, namentlich aus Belgrad. Man glaubt übrigens in Serbien fest an den nahen Zusammenbruch der Pforte, und hofft dann unter den slavischen

London, 18. Dezember. Der Tadel mit dem die „Times“ die heimische Politik des Präsidenten bespricht, steigert sich im „Star“ zum donnernden Verdammungsurtheil. „Präsident Johnson — sagt das Blatt — hat während seiner kurzen Amtsperiode eben so viel Blindheit und Verstocktheit bewiesen, wie irgend ein Bourbone oder Habsburger, von dem die Geschichte zu melden weiß. Das ist ein armseliger Politiker, der erst durch die Logik der That sachen belehrt werden kann; aber was soll man von einem Staatsmanne sagen, den selbst die Logik der That sachen nicht zu belehren im Stande ist?“ — Der „Globe“ bedauert es sehr, daß Präsident Johnson in seiner Botschaft durch den Paragraphen über Irland das Treiben der Fenier entschuldigt habe. Dieser Ton der amerikanischen Regierung könne die Beilegung der „Alabama“-Schwierigkeit sehr verzögern. Wenn Amerika den von den fenischen Raubzüglern durch den Angriff auf Kanada begangenen Bruch der Neutralitätsgesetze so nachsichtig beurtheile, habe es kein Recht England wegen des Auslaufens eines einzigen Kreuzers aus einem britischen Hafen verantwortlich zu machen. Uebrigens sei zu bedenken, daß die Fenier keine kriegsführende Macht seien wie die Südstaaten Amerikas waren.

— Aus Verona wird der „Italie“ mitgetheilt, daß der ehemalige österreichische Polizeibeamte Costa, der in Mailand eine traurige Berühmtheit sich erworben gehabt habe, in der Nacht vom 9. auf den 10. Dezember erdolcht wurde.

Aus Rom, 9. Dezember, schreibt der Korrespondent der „Times“: Hier läuft eine mysteriöse Sage von einem jüngst in der Päpstlichen Offizin im Quirinal gedruckten Dokument. Eine Anzahl der zuverlässigsten Schriftsetzer sei, durch einen furchtbaren Eid zur Geheimhaltung verpflichtet, mit der Arbeit beauftragt gewesen. Ein dunkles Gerücht geht, das Dokument enthalte einen gegen Kaiser Napoleon geschleuderte Exkommunikation (den größten Bann), einen Aufruf an die katholischen Mächte, begleitet von höchst wichtigen Dokumenten, und ein Circular an die Bischöfe mit den frappantesten Enthüllungen zc. Wahrscheinlich sind alle diese Vermuthungen aus der Luft gegriffen. Nur so viel scheint richtig, daß ein Dokument gedruckt wurde, das bis jetzt nicht zum Vorschein gekommen, sondern in den Archiven verschlossen gehalten ist. Möglicherweise hat es gar nicht die Wichtigkeit, welche eine Geheimhaltung rechtfertigen könnte.

Stettin, 20. Dezember. Gestern Abend hielt Herr Director Heydemann im Auftrage des Vorstandes des pommerischen Museums in der Aula des Gymnasiums seinen ersten Vortrag „über die Ostsee in weltgeschichtlicher Bedeutung“, dem derselbe, wie bei dem Beginn der Vorträge im vorigen Jahre, einen kurzen Rechenschaftsbericht über den zeitigen Stand des Museums vorausschickte. Nach diesem Berichte ist bisher für das Museum — was, wie der Redner näher motivirte, in verschiedenen äußeren Umständen beruht — leider noch nicht erreicht, was zu erreichen man im Allgemeinen gehofft hat; der Erfolg entspricht den weit umfassenderen Absichten nicht. Nichtsdestoweniger ist aber doch auch in diesem Jahre zur Förderung der Zwecke des Museums Anerkennenswerthes geschehen, indem nicht nur die königliche Regierung im Schlosse ausreichende Räumlichkeiten zur Aufstellung der Ansätze zu den Sammlungen bereitwilligst eingeräumt hat, sondern auch durch Ueberweisung geeigneter Beiträge von Privaten eine vortreffliche Grundlage zur Bildung einer Bibliothek geschaffen ist. Ebenso sind dem Museum Gegenstände für die naturwissenschaftliche Sammlung zugegangen und gedachte Herr Director Heydemann in besonders anerkennender Weise des Herrn Dr. Dohrn für Zuwendungen zu letzterem Zwecke. Er sprach schließlich die Hoffnung auf weitere günstige Fortschritte für die Zukunft aus und ging sodann zu dem eigentlichen Thema des Vortrages über. — In Rücksicht auf den uns in dieser Nummer zu Gebote stehenden nur beschränkten Raum werden wir über den Vortrag selbst in nächster Nummer berichten.

Von den eingelaufenen Fragen wurde nur die über die Vertheilung der Chamotte-Stubenöfen von Herrn Kappeler negativ bekräftigt, und die Verfaßung des Quecksilbers mit Jinn von Herrn Dr. Kerner als sehr leicht erkennbar und wegen des nur möglichen sehr geringen Zusatzes als unwahrscheinlich bezeichnet. Die übrigen wurden auf das nächste Mal verschoben und die Sitzung mit der Verlesung der neu eingetretenen Mitglieder geschlossen.

[Faint handwritten notes]